

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

2.5.1921 (No. 101)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postamt:
Karlsruhe
Nr. 3516.

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
E. Amann.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei,
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 R.; — Einzelnummer 25 R. — Anzeigengebühr: die Zeile gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 R. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontostornosfällen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewährung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Milchversorgung und Höchstpreise für Milch.

Das Ministerium des Innern hat die hiesigen Sommerwahlen an die Notwendigkeit hingewiesen, den Absatz von Lieferungsverträgen in den zugewiesenen Überschussgebieten mit allem Nachdruck zu betreiben.

Nach der bevorstehenden Anstellung der Milchbewirtschaftung werden nur die Lieferungsverträge oder die genossenschaftliche Beschaffung der Milch einigermaßen Gewähr dafür geben, daß der Milchmangel der Städte aufgebrochen wird. Es liegt deshalb im Interesse der Städte, sich wenigstens die zur Deckung des Milchmangelbedarfs erforderliche Milchmenge auf vertraglicher Grundlage zu sichern.

Um den Abschluß solcher Verträge zu erleichtern, ist die Genehmigung erteilt worden, für Milch, die auf Lieferungsverträge geliefert wird, den in der Bekanntmachung vom 10. Juni 1920 festgesetzten Höchstpreis bis zu 25 Pf. für den Liter zu überschreiten. Dabei wird man auch daran denken können, einen Teil dieses Überschusses zur Deckung besonderer Unkosten der landwirtschaftlichen Verbände usw. für Koffereinrichtungen und dgl. zu verwenden.

* Kompromiß und Ultimatum?

Die Gegenfrage, die sich auf der Konferenz des Obersten Rates in London ergeben haben, sollen aufeinander durch ein Kompromiß überbrückt werden. Und wie stets bei einem solchen Kompromiß, werden wir die Leidtragenden sein.

Die französische Auffassung geht dahin, daß der 1. Mai schon an und für sich ultimative Bedeutung habe, und die neuen „Sanctionen“ (Besetzung des Ruhrgebietes) sofort auszuführen seien. England dagegen wünscht, daß man Deutschland noch eine Frist von einer Woche lasse, innerhalb deren es sich zu entscheiden habe, ob es die Forderungen der Entente unterschreiben will oder nicht.

Wie es heißt, soll das Kompromiß auf der Grundlage geschlossen werden, daß der englische Standpunkt an sich abgelehnt wird, die Forderungen selbst aber noch über die 31. in Paris aufgestellten hinaus erhöht werden, d. h. der von der Reparationskommission errechneten Summe von 132 Milliarden angesetzt werden sollen. Frankreich will uns offenbar die Zustimmung unumgänglich machen, um dann wenigstens nach Ablauf der sieben Tage ins Ruhrgebiet einmarschieren zu können. Und England scheint sich diesem Wunsch unterworfen zu haben. Von einer Vermittlungstätigkeit Amerikas aber liest man in den Zeitungen fast gar nichts.

Die Entwicklung der Dinge mühte, wenn das Kompromiß auf der eben erwähnten Grundlage wirklich zustande kommt, in grausamer Ironie die Ansicht hervorzurufen, daß die Pariser Forderungen eigentlich noch das Mildeste gewesen sind, was wir hätten bekommen können. Wir lassen dabei allerdings die Frage, ob wir auf der Londoner Konferenz Anfang März bei einer etwas anders orientierten Politik nicht doch einige Erleichterungen hätten durchdrücken können, unerörtert.

Heute ist es jedenfalls Frankreich gelungen, die deutsche Politik im Sinne einer Erhöhung der ursprünglichen Forderungen auszunutzen. Und wenn es jetzt zu einem Ultimatum kommen sollte, dann werden wir uns nicht mehr zu entscheiden haben, ob wir die Pariser Forderungen, sondern ob wir noch mehr anerkennen wollen oder nicht. Es scheint sich hier das Wort des Dichters bewahrheiten zu wollen: „Was Du in der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück“.

Selbstverständlich war es unsere Pflicht und unser Recht, uns mit allen Mitteln gegen die unserer Meinung nach ungeheuerlichen Forderungen der Entente zur Wehr zu setzen und im ersten Stadium der Verhandlung eventl. auch eine Wehrung zu riskieren. Mit demselben Augenblick aber, als wir uns davon überzeugt hatten, daß die Entente nur über gewisse Modifikationen mit sich reden lassen würde, im übrigen aber an den Forderungen unerbittlich festhält, mußten wir uns fragen, was richtiger und zweckmäßiger sei: ein sofortiges Einlenken oder ein Beharren bei dem Standpunkt der Ablehnung. Wir haben gleich nach der Londoner Konferenz mit dem Jubel der nationalistischen Elemente unseres Volkes die Seite der Möglichkeit gewählt, sind dann aber wieder nach Verlauf einiger Wochen zu der anderen Erkenntnis

gelangt, daß die Folgen einer solchen Ablehnung für uns noch viel katastrophaler sein müßten, als eine Unterwerfung unter das Diktat der Entente.

Erreicht ist mit dem ganzen Aufsatze nichts. Wir müssen uns heute von neuem entscheiden, nur mit dem einen Unterschied, daß sich im Laufe der ungenüht gelassenen Wochen die Situation für uns wesentlich verschlimmert hat. Wir machen deshalb niemandem einen Vorwurf. Die Lage unseres Vaterlandes ist so, daß es oft schier unmöglich ist, den wirklich richtigen Weg zu wählen.

Eins aber bleibt unter allen Umständen bedauerlich, daß nämlich die nationalistiche Richtung in der öffentlichen Meinung einen Einfluß auf unsere auswärtige Politik auszuüben begonnen hat, der keineswegs parlamentarisch berechtigt ist, und der unter allen Umständen gefährlich ist. Wie die letzten Mitteilungen aus London Klipp und Klar beweisen, hat Frankreich mit dem Argument, daß die deutsche Reichsregierung wohl eine Verständigung wolle, die im nationalistischen Fahrwasser segelnde öffentliche Meinung aber eine ganz andere Politik wünsche, auch in England Erfolg gehabt.

Daß uns die besinnungslose, von allen guten Geistern der Vernunft verlassene Politik unserer Nationalisten vollends in den Abgrund stoßen wird, unterliegt für verständige Menschen keinem Zweifel mehr. Aber diese verständigen Menschen müssen auch wirklich das Heft in der Hand behalten. Gewisse Anzeichen geben ja der Hoffnung Raum, daß soweit das Reichsparlament in Betracht kommt, der Verstand und die Einsicht der Mehrheit über die Ideen der nationalistischen Kreise den Sieg davontragen werden.

Gleichfalls zu warnen aber ist vor einer anderen Methode, deren sich einige demokratische und positiv gefinnene Blätter bedienen, nämlich der, unserem Volke einzureden zu wollen, daß das Recht (also unsere Auffassung) schließlich doch über die Gewalt (also die Auffassung der Entente) triumphieren werde. Mit solchen Redensarten lullt man das Volk nur ein und verbannt ihm den Einblick in den tatsächlichen Verlauf der Weltgeschichte.

Wer die Weltgeschichte kennt, der weiß zur Genüge, daß es durchaus nicht immer das Recht gewesen ist, das den Sieg behauptete, sondern die Gewalt. Gefeigt haben letzten Endes immer die Völker und die Staaten, die die größere Macht und die klügere Berechnung auf ihrer Seite hatten.

Unser Volk ist gerade unpolitisch genug und gibt sich gerade genug allerlei schönen Wahnvorstellungen hin, als daß man es nun auch noch mit einer Phrase einfädeln dürfte, die vor der kühlen Bude der Tatsachen einfachern nichts standhält. Die Weltgeschichte kann unserem Volke nur die eine Lehre liefern: nämlich zur Klugheit, Beharrlichkeit und Nachgiebigkeit seine Zuflucht zu nehmen, da uns die Waffen der Gewalt aus den Händen geschlagen sind.

Das Recht ist eine sehr schöne und verehrungswürdige Sache, aber letzten Endes doch nur ein Begriff, der uns im Augenblick gar nichts helfen kann, und der zudem außerordentlich unsicher ist. Vergeben wir doch nicht, daß die erdrückende Mehrheit des Auslandes davon überzeugt ist, daß uns im wesentlichen durchaus Recht geschieht! Nur dann, wenn wir uns zu einer nüchternen und verstandesgemäßen Auffassung der Lage aufschwingen werden, werden wir den furchtbaren, schicksalvollen Problemen, die uns heute allenthalben entgegenstarren, gerecht werden.

Politische Neuigkeiten.

Die Londoner Konferenz.

Die Londoner Verhandlungen des Obersten Rates der Alliierten haben am Samstag nachmittag begonnen. Über ihren Verlauf berichtet die „R. F. M.“ unterm 29. Der heutige Tag stand unter dem Zeichen schwersten Ringens innerhalb der Alliierten. Der Ausgangspunkt war die französische, von belgischer Seite unterstützte Forderung, wegen des Ausbleibens befriedigender deutscher Vorschläge sofort den Einmarsch in das Ruhrgebiet zu beschließen und durchzuführen und außerdem dort Logen auf die Höhe und den Export zu erheben. Mittags fand eine vorbereitende Aussprache zwischen den Franzosen, Belgiern und Engländern statt. Lord George lehnte das Pariser Verlangen ab, völlig vielmehr vor, Deutschland ein siebenwöchiges Ultimatum zu stellen. —

Lord George geht davon aus, daß befriedigende Vorschläge nicht vorliegen. Aber angesichts der offenbar von dem englischen Vorkämpfer in Berlin, Lord Aberdeen mitgebrachten Auffassung, daß Deutschland unter schärfstem Druck ergäuzende Mitteilungen vielleicht noch machen werde, und angesichts des englischen Wunsches, den verhängnisvollen Schritt tunlichst zu vermeiden, sucht die englische Regierung eine letzte Frist durchzusetzen.

Bei Beginn der allgemeinen Konferenz war offenbar keine Einigung der Hauptparteien erzielt worden. Eine interessante Einzelheit ist, daß eine offizielle Äußerung als immerhin beachtenswert betont, Lord Aberdeen, obwohl er keine entscheidenden Aufklärungen mitgebracht habe, bewiesen, daß der Vorschlag, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwärtigwert anzuerkennen, und der Vorschlag, den Wert dieser Summe in Annuitäten auf 200 Milliarden Goldmark zu begrenzen, als völlig getraut zu betrachten sind. Um so klarer ist nunmehr ersichtlich, daß eine Mitteilung über die Zeitdauer oder Zinssätze des Vorschlags auf 200 Milliarden Annuitäten absolut entscheidend ist. Befriedigt eine diesbezügliche von Deutschland zu erwartende Erklärung, dann dürfte England der Frage einer Sachverständigenkommission näher treten. Die Vorfrage ist allerdings, ob Lord George das Ultimatum durchsetzt.

Die Konferenz hat sich nach 4 1/2 stündiger Dauer am Sonntag verlagert. Entsprechend der ungeläuteten Situation wurde nur ein kurzes allgemein gehaltenes Communiqué ausgegeben, in dem es heißt: Es wurde beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen zur sofortigen Prüfung der Modalitäten und Garantien. — Eine längerer Darstellung der gesamten Reparationsfrage soll nachts ausgegeben werden.

In einer Neutermeldung vom Sonntag heißt es dann: Die Sachverständigen der Alliierten hatten noch keine Abscheinung erzielt, als der Oberste Rat heute vormittag zusammentrat. Infolgedessen wurden die Beratungen bis zum Nachmittag verlagert. Unterdessen erörterten die Sachverständigen die Vorschläge Japans, die bezwecken, die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten beizulegen: Statt der Eröffnung von Verhandlungen mit Deutschland und sofort ins Ruhrgebiet einzumarschieren würden demnach die Alliierten Deutschland ihre Bedingungen überreichen, die sich auf den Betrag der von der Reparationskommission festgestellten deutschen Verbindlichkeiten, nämlich 660000 Pfund Sterling, gründen. Diese Bedingungen werden von einem kurzfristigen Ultimatum begleitet. Inzwischen werden die Alliierten die Zwangsmaßnahmen vorbereiten, um diese Bedingungen im Falle einer deutschen Ablehnung durchzusetzen. Nach Ablauf des Ultimatums würden die Sanctionen unverzüglich in Kraft gesetzt werden. Japans Vorschläge ermöglichen es also Frankreich, seine Vorbereitungen für die Zwangsmaßnahmen fortzusetzen für den Fall, daß Deutschland sich weigert, der Fassung über die Reparationen und dem Prozeß gegen die Kriegsverbrecher zuzustimmen. Die kurze Frist dürfte Deutschland genügen, um die Bedingungen der Alliierten anzunehmen und die notwendigen Bürgschaften zu stellen. Der Oberste Rat wird die Vorschläge Japans morgen nachmittag prüfen. Aber den heutigen Meinungswechsel veranlaßte, daß Lord George die Annahme der Vorschläge Japans nicht ablehnte und zum Ausdruck gebracht habe, daß er die französischen und belgischen Bemühungen zur Lösung der Schwierigkeiten zu schätzen wisse. Er habe sich aber geweigert, vor einer Besprechung mit dem Kabinett eine endgültige Antwort zu geben. Das Kabinett wünscht diese Vorschläge zu erwägen, wenn sie aufgezeichnet seien. Ein aus Curzon, Deland, Storza, Japans und Bonafant bestehender Redaktionsausschuß, der die Vorschläge schriftlich festlegt, arbeitete heute abend 1 1/2 Stunden und verlagte sich auf morgen vormittag, wo er seine Arbeiten abzuschließen hofft.

Das Reutersche Büro meldet weiter, daß die Sachverständigen der Alliierten mit Bestimmtheit darauf rechnen, zu einem Abkommen zu gelangen, durch das die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beigelegt werden.

Am Samstag vormittag hatte der aus Berlin angekommene englische Vorkämpfer Lord Aberdeen im Kolonialministerium eine Unterredung mit der Ministerialkommission, die Lord George eingeschickt hatte, um die Reparationsfragen vorzubereiten. Die Kommission besteht aus dem Kriegsminister Whorthington Ganns, dem Kolonialminister Churchill und dem Minister für Indien Lord Montague. Nach dieser Beratung begaben sich die drei Minister, begleitet von Lord Aberdeen, zu Lord George, wo sich bereits Lord Curzon und die anderen englischen Minister eingefunden hatten. Das englische Kabinett hielt dann eine Sitzung ab, die eine Stunde dauerte.

Neuer erzählt weiter folgendes: Wenn auch der britische Vorkämpfer in Berlin keinen neuen Plan aus Deutschland mitbrachte, so machte er doch klar, daß der Artikel 1 ungenau ist und falsch übersetzt wurde. Es ist noch nicht bekannt, ob dies die mögliche Grundlage für Verhandlungen bieten kann; man ist aber wenigstens der Ansicht, daß die Zweideutigkeit dadurch beseitigt ist.

Wie dem „Temps“ aus London berichtet wird, erklärt man in gut unterrichteten engl. Kreisen, daß man die Frage eines Ultimatums nicht erörtern werde. Aberdeen habe erklärt, daß die letzte Berliner Note die Einsetzung einer Sachverständigenkommission vorschlägt und daß Deutschland sich bereit erklärt habe, das Urteil einer solchen Kommission entgegenzunehmen. Deutschland scheine auch außerdem Vorschläge der amerikanischen Regierung betr. des Reparationsproblems erheben zu haben. Das wolle nicht besagen, daß man die Festsetzung der Reparationshöhen einer neuen Kommission übertragen wolle, sondern man glaube dadurch ein Mittel zu finden, um von Deutschland ein Angebot zu erhalten, das sich mehr dem Abkommen von Paris näherte. Auf alle Fälle glaubt man in englischen Regierungskreisen, daß, wenn die Sanctionen in Kraft treten sollen, notwendige Schritte zwischen der Festsetzung des Obersten Rates und der Anwendung der Zwangsmaß-

nahmen eine gewisse Zeit vertreiben muß. Man könnte sich also der Formalität der Notifizierung an Deutschland bedienen, um ihm zu gestatten, den Alliierten annehmbarere Angebote zu machen, als sie jetzt gemacht worden sind.

Laut Gabas will der diplomatische Mitarbeiter des „Chicago Tribune“ in London erfahren haben, daß die im Obersten Rat vertretenen Mächte die Zahl der Reparationskommissionen, d. h. 132 Milliarden Goldmark, die in Annuitäten bis zum Gesamtbetrag von 270 Milliarden zu zahlen wären, als neue Gesamtforderungen angenommen und das Abkommen von Paris mit seinen 226 Milliarden fallen gelassen hätten. Der Berichterstatter will ferner erfahren haben, daß auf dem rechten Rheinufer in der vorgesehenen Besatzungszone die Ernährung der Bevölkerung nicht durch deutsche, sondern ausschließlich durch holländische, belgische, französische und andere Nahrungsmittel auswärtsigen Ursprungs erfolgen werde.

Briand und das Ruhrgebiet.

Briand hat amerikanischen Journalisten erklärt, das deutsche Angebot sei vollkommen unannehmbar. Die Tatsache, daß Deutschland sich an einen Vermittler gewandt und bis zum letzten Augenblick gewartet habe, beweise seinen Mangel an Aufrichtigkeit. Deutschland habe gehofft, Zeit zu gewinnen, um die Alliierten müde zu machen und sie vielleicht zur Uneinigkeit zu bringen. Wenn die deutsche Regierung die Hand frei hätte und wenn sie nicht beherrscht würde von der militärischen Reaktion, so würde die Lage vielleicht eine andere sein. Deutschland habe seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Wenn Frankreich das Gebiet, das es im Auge habe, besetze, dann habe es ein ernstes Problem in Händen. Briand erklärte schließlich, er bedauere die Abwesenheit der amerikanischen Vertreter, deren Anwesenheit viel dazu beitragen könnte, die Schwierigkeiten zu lösen.

Die „Chicago Tribune“ teilt mit, daß Briand in seiner Ansprache an die amerikanischen Journalisten auch von den großen Gewinnen gesprochen, die Deutschland infolge seiner besseren wirtschaftlichen Lage, besonders seines Beschäftigungszustandes, mache. Das Problem der Besetzung des Ruhrgebietes sei genau studiert worden und die Besetzung werde genügend Erträge abwerfen. Man werde die Henne, die die goldenen Eier lege, nicht schlachten, sondern sie so „betreuen“, daß sie beständig Eier lege. Es könne nicht die Rede von Krieg sein, es handle sich darum, alle gesetzlichen Rechte eines Gläubigers anzuwenden. Das werde Frankreich mit einem Gebarmen in Soldatenuniform tun. Wir glauben, daß Briands Fühnersucht Frankreich mehr schadet als goldene Eier einbringen wird.

Die Resolution Knox angenommen.

Der amerikanische Senat hat die Freidensentscheidung des Senators Knox mit 49 gegen 29 Stimmen angenommen. Senator Lodge, der in einer Rede diese Entscheidung befürwortete, kündigte an, daß wahrscheinlich ein Vertrag mit Deutschland folgen würde, sobald sie Gesetzeskraft erlangt haben werde.

Ablehnung der Demission Dr. Simons.

Verschiedene Berliner Blätter wußten in den letzten Tagen von einem Rücktrittsgesuch des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons zu berichten und knüpften daran verschiedene Vermutungen u. a. auch die, daß Reichskanzler Fehrenbach und zwei andere Minister aus dem Kabinett ausscheiden würden. Die zuständige Stelle teilt nun dazu dem Wolff-Bureau folgendes mit:

„Es ist richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgesuch vorgelegt hat. Maßgebend für diesen Entschluß des Ministers war sein Eindruck über die Stellungnahme der deutschen Öffentlichkeit zu seiner Politik. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit Amerika hatte sich der Minister gleichzeitig bereit erklärt, die Geschäfte des Ressorts vorläufig weiterzuführen.“

Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett, die Vorschläge seines Reichsministers und die Fortführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen gebilligt, sondern auch, wie die Reichstagsdebatte gezeigt hat, die Volkvertretung mit ihrer großen Mehrheit diese Fortsetzung gewünscht hat.

Eine Kundgebung des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärt nach Kenntnisnahme der neuen deutschen Reparationsvorschlüge, daß sie geeignet sind, den Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen den Verbändenregierungen und der deutschen Regierung zu bilden und daß der Weg geebnet ist, für eine friedliche Lösung der Reparation. Der Gewerkschaftsbund gibt dem Gefühl der organisierten Arbeitermassen Ausdruck, indem er die Regierungen der Entente auffordert, nicht zu neuen Sanktionen, die immer unwirksam bleiben werden, die Lust zu nehmen, und andererseits die deutsche Regierung aufzufordern, das gegebene Wort zu respektieren, indem sie das äußerste Maß an Bereitwilligkeit zeigt und hinsichtlich der Militärischen ihres Landes, die immer noch eine Bedrohung der deutschen Republik oder durch die rückwirkenden Folgen eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellen, die gebotenen Maßnahmen ergreife.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

L.P.D. Der Landtag wird in seiner voraussichtlich am 15. Mai stattfindenden Sitzung die Verlängerung des Sperrgesetzes und einige Heinen Vorlagen beraten.

Die Einfuhr von Rohtabaken aus dem Ausland betr.

Der Abg. Bielewicz (Dem.) hat die folgende kurze Anfrage eingereicht: Der Reichswirtschaftsminister hat verfügt, daß ab 1. Juli 1921 die Einfuhr von Rohtabaken aus dem Ausland freigegeben wird.

Die Durchführung dieser Maßnahme würde für den deutschen, insbesondere den badischen Tabakbau einen getragenen vernichtenden Schlag bedeuten und würde außerdem den deutschen Inlandtabakhandel schwer schädigen. Es besteht überdies kein Bedürfnis zur Einfuhr ausländischer Tabake, da bei den deutschen Tabakpflanzern aus der Ernte 1920 noch 50 000 Zentner unerkaufte Tabak lagen und da auch noch erhebliche Mengen Auslandstabake auf Lager liegen.

Auch die Herabgabe von Devisen für einen Luxusartikel, wie ihn der ausländische Tabak darstellt, würde im Hinblick auf die dadurch bedingte Schädigung der deutschen Wälua und damit des gesamten deutschen Wirtschaftslebens nicht zu veranworten sein.

Ist die badische Regierung bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die vom Reichswirtschaftsminister verfügte Maßnahme nicht in Kraft tritt?

Aus der politischen Werkstätte.

Zu dem Thema der Arbeitsüberbürdung führender Parlamentsmitglieder bringt der „Badische Beobachter“, das Karlsruhe-Zentrumorgan, die folgenden bemerkenswerten Betrachtungen, die mehr oder weniger für alle Parteien Gültigkeit haben:

„Nachdem Abg. Dr. Schofer sich nach schwerer Erkrankung auf dem Weg der Genesung befindet, ist Ministerialrat Abg. Bilemann schwer an Grippe erkrankt, so daß auch er längere Zeit von der politischen Arbeit ausgeschlossen ist. Es läßt sich nicht verkennen, daß diese für das Zentrum sehr empfindliche einseitige Ausschaltung führender Männer aus dem politischen Betrieb zu einem großen Teil auf die aufreißende Arbeit zurückzuführen ist, die die politischen Verhältnisse heute erfordern. Manches wäre indes auch anders andersherum möglich.“

Bei den Parteifreunden draußen im Lande ist es immer mehr Gewohnheit geworden, darauf zu bestehen, daß die politischen Führer allüberall hinkommen, Reden und Vorträge halten. Wer die Dinge etwas verfolgt, kann beobachten, wie z. B. manche Abgeordnete, und zwar gerade jene, die die ganze Woche hindurch mitten in der politischen Arbeit stehen, Sonntag für Sonntag und oft noch an den Wochentagen abends in Vereinsversammlungen und sonstigen Zusammenkünften als Redner tätig sind. Es gab Sonntage, an denen z. B. Abg. Schofer nicht weniger als viermal im Tag vor größeren Versammlungen sprach und das nicht etwa allein in Wahlkreisen. Wir könnten auch noch andere Namen nennen, die hier in Betracht kommen. Das Resultat solcher Überanstrengungen ist der gesundheitliche Zusammenbruch.“

Es ist klar, daß wir nicht weiter in dieser Weise Raubbau mit den führenden Kräften treiben dürfen. Die befähigten Führer lassen sich nicht mechanisch erheben; ihre Kräfte müssen daher so sehr wie möglich geschont werden. Sie dürfen nicht mit der Arbeit belastet werden, die auch ein anderer leisten kann. Und unsere Parteifreunde draußen im Lande dürfen nicht hartnäckig darauf bestehen, daß die Führer überall hin kommen. Sie dürfen das nicht, weil dadurch die Partei unter Umständen einen viel schwereren Schaden leidet, als andererseits durch eine solche Versammlung genützt wird.“

Noch eine andere Forderung ergibt sich aus den gemachten Erfahrungen; es ist die nach möglichst zahlreichen geschulten

politischen Kräften im Parlament und sonst in der Partei. Wer die politische Arbeit von heute vergleicht mit der von früher, der sieht, wie ungeheuren Umfang sie angenommen hat. Zwar sind auch die Kräfte, die politisch tätig sind, zahlreicher geworden, aber nicht im entsprechenden Verhältnis. Die Bundestag- und Jungzentrumsbewegung hat viel geleistet, aber sie hat bis jetzt dem steigenden Bedürfnis nach geschulten politischen Kräften nicht vollkommene Rechnung tragen können. Umso wichtiger ist die Arbeit in den politischen Schulungsvereinen und Schulungskursen, damit dem Bedürfnis nach politischer Aufklärung allüberall immer mehr entgegenkommen werden kann. Unsere Parteifreunde müssen diesen sehr wichtigen Teil der politischen Arbeit fortwährend im Auge behalten und dürfen sich durch weniger gute Erfahrungen, die niemand erpart bleiben, der längere Zeit im politischen Betriebe steht, nicht entmutigen lassen.

Weiterhin ist sehr darauf zu achten, daß bei der Auswahl der Kandidaten für das Parlament nicht einseitig verfahren wird. Mit ausschlaggebend für die Aufstellung eines Kandidaten muß stets auch dessen Befähigung für politische Arbeit im Parlament und sonst in der Öffentlichkeit sein. Die Führer im Parlament müssen zugrunde gehen, wenn die ganze Arbeit auf ihren Schultern liegt und nicht auf möglichst viele Schultern verteilt werden kann. Das gilt für alle Parteien. Das Band dazu, das allgemeine Wohl führt auch weit aus, um besten, wenn möglich viele befähigte Kandidaten im Parlament sind, denn nicht der Interessenstandpunkt gibt schließlich den Ausschlag, sondern die hohe politische Erziehung. Es ist uns in der großen Politik im Reich abel genug ergangen, weil Sondergruppen und nicht eine klug und kraftvoll arbeitende politische Führung das letzte Wort hatten. Auch heute machen es in der großen Politik nicht die Sonderinteressen und wirtschaftlichen Männer vom Fach, so sehr man darauf angewiesen ist, ihren Rat zu hören, sondern die Politiker. Der Politiker denkt immer an Gänge, der Fachmann immer nur an den Teil. Wir brauchen daher, um das Gange zu fördern, möglichst viele gute Politiker, die allerdings zugleich auch Fachmänner sein können. Dabei kommen die Einzelinteressen nie zu kurz; sie können vielmehr nur gewinnen durch eine gute politische Führung des Ganges. Wir wissen uns in diesen Gedanken einig mit unserem ausgezeichneten Führer Bader, der niemals einen anderen Standpunkt vertreten hat und es oft beklagt, wenn die Umstände dazu zwingen, einmal nach anderen Gesichtspunkten zu verfahren.“

Wenn man sich allüberall das Gesagte stets vor Augen hält, dann haben wir die Hoffnung, daß die Erscheinung überanstrengter Führerkräfte, wie wir sie heute — insbesondere in der Zentrumspartei, aber nicht bloß in ihr — sehen, allmählich schwindet. Eine andere Hoffnung möchten wir dabei ebenfalls nicht unausgesprochen lassen, nämlich die, daß man die Verbrennen der führenden Politiker nicht allzusehr in Anspruch nimmt durch unverständige oder gar boshafte Kritiken. Es ist leicht, weit von der politischen Front weg zu sagen, wie man es hätte machen sollen und wie man es für wünschenswert gehalten hätte, aber es ist nicht leicht, an der politischen Front den Grundfäden unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Kritik ist notwendig und gibt oft wertvolle Fingerzeige, dagegen ist Bosheit, wie Boshheit ganz richtig sagt, kein Lebenszweck; sie schadet nur. Den Kampf des Gegners erträgt man leicht, ob er mit groben oder feinen Waffen geführt wird, dagegen geht der Kampf hinter dem Rücken der Frontkämpfer im Krieg der Kanonen und Maschinengewehre, wie im politischen Krieg auf die Verbrennen. Wer es wirklich gut meint, der wird das beachten; ein anderer verdient keine Rücksicht; denn selbst ein offener Gegner ist noch besser als ein solcher „Freund“.

Man tut gut, von Zeit zu Zeit diese Fragen zu erörtern, damit die dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte immer mehr Gemeingut aller werden.“

Jugendpflege.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Das Unterrichtsministerium hat genehmigt, daß Lehren und Lehrereinnahmen, die an dem vom Landesverband evangelischer Jugendvereine in der Pfingstwoche (17., 18., 19. Mai) zu Eberbach geplanten Lehrgang für Jugendpflege teilnehmen wollen, Urlaub gewährt werden kann. Es kommen auf dem Lehrgang zur Besprechung: Die Jugendbewegung im Rahmen der gegenwärtigen Kulturkrise (Prof. Bierbergall), was wir der Jugend und ihren Bestrebungen schuldig sind (Jugendgesellschaftlicher Klub), Arbeit in Mädchenbünden (Frau Farrer Schenkel und Fel. Schulz), Jugendbünde auf dem Lande (Hr. Luß und Roland), Wege zur Bibel (Farrer Schulz). Die Kosten für die Teilnahme an der Tagung werden einschließlich Verpflegung und Unterkunft 70 M. betragen. Anmeldungen sind an Farrer Baret in Eberbach zu richten, der auch sonst jede gewünschte Auskunft erteilen wird.

Verein Volksbildung E. V.

Man schreibt uns: Im Sommer des Jahres 1890 traten hier eine Anzahl Männer zusammen, um in gemeinsamen Beratungen die Grundlagen festzustellen, auf denen, ähnlich wie in andern Städten bereits mit Erfolg geschehen, den unbemittelten Volksteilen sowohl in wissenschaftlicher, als auch in künstlerischer Beziehung eine Erhebung und Vertiefung der allgemeinen Bildung in Vereinsform übermitteln werden könnte. Man einigte sich dahin, daß dies zunächst in der Richtung der damals in Deutschland in den Anfangsstadien der Entwicklung befindlichen sogenannten Volkshochschuldurse zu erstreben sei, daß daneben aber auch durch Veranstaltung von Volksvorstellungen im damaligen Hoftheater, sowie durch Konzerte und sonstige künstlerische Darbietungen der Sinn des Volkes für eine gediegene Unterhaltung gefördert und gehoben werden müsse.

In der konstituierenden Versammlung am 17. Oktober 1890 wurden die Satzungen des Vereins, der den Namen Verein Volksbildung erhielt, festgestellt und folgende Herren in den Ausschuss gewählt: als Vorsitzender Geheimrat von Stoeber, als dessen Vertreter Prof. Dr. Engler, als Schriftführer Dr. A. Knittel, als dessen Vertreter Gewerkschaftssekretär Willi, und als Schatzmeister Fabrikant Fr. Wolff. Die sofort einsetzende Vereinsarbeit konnte bereits im ersten Geschäftsjahre durch den guten Besuch sowohl der fünf Vortragsreihen (588 Hörer), als auch der beiden Theater- und Konzerte vorstellungen und der beiden Unterhaltungsabende erfreuliche Erfolge aufweisen. Auch der Gründung einer Volkshochschule und Volkshochschule wurde bereits im ersten Geschäftsjahre näher getreten, und am 11. April 1900 eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet, worin die Errichtung einer Volkshochschule als eine der dringlichsten kommunalen Aufgaben zur Förderung der Volksbildung bezeichnet wurde. Nach längeren Verhandlungen erfolgte am 27. Sept. 1901 eine entsprechende Vorlage des Stadtrats an den Bürgerausschuss.

Die feierliche Eröffnung im Hause Baldbornstraße 22 und die Übergabe der Besessalle an den Verein Volksbildung fand am 13. November in Anwesenheit von etwa 150 Personen durch Oberbürgermeister Schaefer statt. Die Leitung übernahm zunächst Prof. Dr. Trölsch, dem be-

Landestheater.

Der Ring der Nibelungen (2. und 3. Tag).

Die „Stegfried“-Aufführung reichte künstlerisch nicht an den Walfireabend heran. Die Ursache lag zunächst in der wenig befriedigenden Verkörperung der Titelpartie durch Herrn Christian Streib vom Wiesbadener Staatstheater, der weder durch sein Spiel, noch durch seinen Gesang für sich zu erwärmen vermochte, zumal, da er mit seiner Stimme bis zum letzten Akte außerordentlich zurückfiel. Aber auch in instrumentaler und szenischer Hinsicht ließ die Vorstellung zu wünschen übrig; so klangen Streicher und Holzbläser gelegentlich zu sehr gedämpft, fast stumpf — ein Zeichen, daß man im Bestreben nach weitgehender dynamischer Differenzierung unter Umständen auch zu weit gehen kann. Siegfrieds Hornruf im zweiten Aufzuge haben wir hier schon schöner gehört. Der Kampf mit dem Drachen ähnelt in unserer Bühneneinrichtung immer wieder einem verunglückten Schupplattler. Erhöht wird die Erhabenheit dieser Szene noch dadurch, daß die Stimme Fafners statt aus der Gegend, in der seine „zierliche Fresse“ faucht, aus einer ganz anderen Ecke herkommt. Wann findet sich endlich die starke Hand, die all diesem Unfug ein Ende macht?

Die beste Leistung des Abends bot Frau Lorenz-Höllischer mit ihrer von leidenschaftlichem dramatischem Leben erfüllten Brünnhilde. Auch der Botanik Wältner, der Mine Wuffards und der Albertich Malh. Wottas standen auf bemerkenswerter Höhe. Gertrud Leibiger sang die Erda mit schöner, ausdrucksvoller Tongebung. Dem Waldvogel ließ Frau von Ernst ihre klare leichtbewegliche Stimme. Am Dirigentenpult sah, wie an den beiden ersten Abenden, Herr Cortolegis.

Sollte der Siegfried-Abend noch manches zu wünschen übrig gelassen, so gestaltete sich die gestrige Aufführung der „Götterdämmerung“ zu einem eindrucksvollen u. wichtig aufgetürmten Abschluß der Ring-Trilogie. Zu einer dramatisch beschwingten, an plastischer Wirkung und herborragend schönen instrumentalen Einzelheiten reichen Orchesterleistung gestellten sich teilweise auserselbst darbietungen gesanglicher und darstellerischer Natur. An erster Stelle verdient wiederum die glän-

gende Brünnhilde der Frau Lorenz-Höllischer erwähnt zu werden, die namentlich im zweiten Akt von elementarer Leidenschaft getragen war. Ich denke besonders an die in grandioser Steigerung aufgebaute Anlage- und Schwurzene und die anschließende Szene mit Hagen und Gunther, die mit einem psychologischen Verständnis, einer zwingenden Folgerichtigkeit und einer suggestiven Gewalt der Geste gegeben wurden, wie man sie nur äußerst selten erlebt. Auf gleicher Höhe wie die Darstellung stand die an Glanz und Fülle, Technik und ausdrucksvoller Mitancierung hervorragende gesangliche Leistung der Künstlerin. So wenig wir Frau Lorenz-Höllischer vor Jahren, am Anfang ihrer künstlerischen Entwicklung, im Fach der jugendlich-dramatischen Sängerin an rechten Plätzen fanden, so rückhaltlos begrüßen wir ihre nunmehrigen Leistungen im Fach der Hochdramatischen.

Den Siegfried sang Herr Otto Janger vom Opernhaus Frankfurt, der in der „Walfüre“ den Siegmund gegeben hatte. Sein intelligentes, von Wärme und schlichter Natürlichkeit getragenes Spiel und seine ausgeglichene, weder der Befehlung noch der Kraft und des Glanzes ermangelnde, stimmliche Darbietung ließen seinen Siegfried zu einer prachtvoll abgerundeten Gesamtleistung werden. Der Hagen Herrn Siegfried sah mir innerlich gefühlvoller als früher; mit festen Strichen gezeichnete Herr Malh. Wotta den Gunther. Die Gutruene von Frau Rott-Sajitz war in der Tat Gunthers „solde Schwester“, voller edler Anmut im Spiel und voll süßer Lust in der Stimme. Die Walfüre sang Fel. Bruntsch etwas matter als sonst. Neu war der Albertich des Herrn Glah; eine im ganzen gute gesangliche Leistung, an der auch die deutliche Aussprache und die sinngemäße Prosodie zu loben waren. Sicher und tonreich erklang der Gesang der Hagenkinder: Frau von Ernst, Frau Lange-Wale und Frau Josef-Lomisch. Die Chöre waren durchweg kraftvoll, rein und voller rhythmischer Straffheit.

Das ausverkaufte Haus zeigte sich sehr beifallsfreudig und rief sowohl die Hauptdarsteller, als auch den Dirigenten, Herrn Cortolegis, der die Aufführung mit Temperament und musikalischer Feinfühligkeit geleitet hatte, vor den Vorhang. C. Müf.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 25 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Ministeriums des Innern: die Vereinigung der Gemeinde Wormbach, Amt Lorrach, mit der Gemeinde Kollingen, Amt Säckingen; die Abänderung der Verwaltungsgrenzenordnung.

L.P.D. Heidelberg, 1. Mai. Der Gau Südwestdeutschland des Deutschen Bankbeamtenvereins hielt hier eine außerordentlich stark besuchte Vorstandskonferenz ab. Aus dem vom Gauvorsitzenden erstatteten Bericht ging hervor, daß der Gau nunmehr 11 500 Mitglieder zählt und daß nur ein geringer Bruchteil der kaufmännischen Bankangestellten in Südwestdeutschland dem Deutschen Bankbeamtenverein nicht angeschlossen ist.

Heidelberg, 1. Mai. Ein Mordanschlag ist am Freitagabend in der Nähe von Siegelhausen auf den Ingenieur Rink von Beinhelm verübt worden, als er mit seinem Motorrad von Neckarsteinach nach Heidelberg fuhr. Aus einem Waldchen nahe der Landstraße schoß ein unbekannter Täter aus einem Infanteriegewehr auf den Motorradfahrer. Die Kugel durchbohrte die rechte Brustseite und verletzte die Lunge. Der Überfallene konnte noch etwa 500 Meter Fahrt zurücklegen und brach dann bewußtlos zusammen. Sein Zustand ist hoffnungslos. Der Mörder ist noch nicht ermittelt.

L.P.D. Karlsruhe, 30. April. Der Stadtverordnete Bergmann, den die Kommunisten im Verdacht haben, daß er ihre verbrecherischen Pläne verraten habe, erhielt einen Brief, unterzeichnet vom „Komitee Schwarze Hand“, in dem ihm mitgeteilt wird, daß über ihn, wie über den Abg. Großhans, das Urteil gesprochen sei.

Haus der Landeshauptstadt.

Die Maifester in Karlsruhe ist in ruhiger, programmmäßiger Form verlaufen. Im Stadtpark fand am Vormittag Konzert der Harmoniecapelle und des Musikvereins Karlsruhe unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Vorwärts“, „Vassallia“, „Gleichheit“, „Typographia“, „Volkschor West“ und „Mädchenbauern“ statt. Am 11 Uhr hielten der Vorsitzende des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes Schulenberg und Stadtrat Jung Ansprachen an die zahlreichen Besucher. Am Abend fand in der Festhalle eine von den freien Gewerkschaften veranstaltete, sehr stark besuchte Feier statt, bei der Arbeitsminister Dr. Engler die Festrede hielt, der Gesangs- und Instrumentalvortrüge und turnerische Aufführungen usw. vorausgingen.

W. Sowjet-Rußland und wir. Die Liga zum Säug der deutschen Kultur hatte am Freitagabend zu ihrem ersten Vortragabend eingeladen. Sie will eine bewußte Gesinnungs- und Arbeitsgemeinschaft sein, die unter Überbrückung der Partei- und Massengegenstände das soziale und nationale Gemeinschaftsgefühl nachrufen und stärken will. Der kleine Festhallsaal war leider nur mäßig besetzt. Professor Schlarf aus Petersburg sprach über das Thema: „Sowjet-Rußland und wir“, eine Beisitzerfrage, über die sich von hieraus schwer ein Urteil gewinnen läßt, wenn selbst Dörigewesene ganz widersprechende Nachrichten darüber brachten. — Lenin wollte nach dem Sturz des Zaren seine Pläne verwirklichen. Er war seit langen Jahren dem Volk und der Wirklichkeit entfremdet und so mußten seine anfangs gläubig aufgenommenen utopistischen Versprechungen später eine nach der anderen zurückgenommen werden.

Die erst entschiedenen Grundzüge der kapitalistischen Produktion, Affordarbeit, Prämien usw., wurden nun unbedenklich wieder eingeführt, verbunden mit einer eiserne Disziplin und Unterordnung. Die gewählten Mäße wurden abgeschafft und dafür neue eingeführt, die mit unumschränkter Vollmacht ausgestattet waren. Die Militarisierung der Industrie war die weitere Folge. Darauf allgemeine Enttäuschung bei den Arbeitern, ebenso bei der Bauernschaft, deren Wünsche nach Zuteilung von Land nicht in Erfüllung gingen. Neue Aufstände folgten, teilweise unterstützt von der Entente. Die Mächte zögerten aber auch nicht, den ausländischen Kapitalisten weitgehende Zugeständnisse für den Außenhandel wie für die Betätigung im Lande selbst zu machen, so ihre letzten wichtigsten Programmpunkte skrupellos preisgebend, um das bestehende Chaos zu entwirren. — Zweifellos droht aber dem deutschen Volke ein ähnliches Schicksal durch den Einfluß der bolschewistischen Propaganda und die Wirkungen der „Sanktionen“, wie die mitteldeutschen Rutschversuche beweisen. Der Stedner wandte sich nun wachsend und werdend um Mittelfe

an die Anwesenden, da der herrschende Nahrungsmittel- und Arzneifunde, die Schundliteratur in Verbindung mit der starken Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, unsern sittlichen Untergang herbeizuführen drohen.

Literarische Neuerscheinungen.

Geschichte Europas von 1848—1871 von A. Stern. Siebenter Band (Dritte Abteilung: Geschichte Europas von 1848 bis 1871. Erster Band.) (Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart, in Halbfrauz geb. 28,50 M.) Auf der umfassendsten Kenntnis aller historischen Einzelarbeiten und auf ausgeprägten eigenen Forschungen in den wichtigsten Archiven Europas beruhend, ist diese großartige Darstellung der europäischen Geschichte doch in allen ihren Teilen für den weiten Kreis gebildeter Leser berechnet. Dieser Bestimmung entspricht es, daß der Verfasser neben der politischen auch der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung seine volle Aufmerksamkeit zuwendet, insbesondere den freieren Strömungen europäischen Geistes in der schönen Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. Ein geistreicher Kritiker, der diesen Vorzug rühmt — J. W. Widmann im Berner „Bund“ —, urteilt anknüpfend daran über die ersten sechs Bände: man könne versucht sein, die wissenschaftliche Arbeit des Verfassers selbst der schönen Literatur beizuzählen; so fesselnd, so geistvoll und lebendig ist diese Geschichte Europas geschrieben. Dem neuen siebenten Bande gebührt dieses außerordentliche Lob in unvermindertem Maße, ja es gewinnt um so höhere Berechtigung, je mehr sich die Darstellung der Gegenwart nähert. — Wir werden noch an anderer Stelle auf die Beurteilung dieses großen, historischen Wertes zu sprechen kommen.

Kritik des Weltkrieges. Das Erbe Moltkes und Schlieffens im großen Kriege. Von einem Generalstabler. (Mit 12 Karten. Preis gebunden 20 M. Verlag R. F. Koehler, Leipzig.) Der Krieg nicht nur mitgekämpft oder miterlebt, sondern auch mit durchgemacht hat, wird die „Kritik des Weltkrieges“ von Anfang an bis zum Ende mit größter Spannung lesen. Der Verfasser geht offenbar zu den nicht eben allzu zahlreichen Menschen, die nicht nur einen sicheren und klaren Überblick über größere Verhältnisse, sondern auch genaue Kenntnis über das Ganze besitzen. Im sich selbst fraglos ein scharfes selbständiges Urteil über Menschen und Ereignisse zu Gebot, das sich von fremder Beeinflussung fernhält. Wir können dieses Urteil des Generalmajors von Gleich vollinhaltlich unterzeichnen.

Marneschlacht und Tannenberg. Betrachtungen zur deutschen Kriegführung der ersten sechs Kriegswochen von Hermann von François, General d. J. a. D. (Mit zahlreichem Kartenmaterial im Text und 14 Kartenanlagen. Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin. Preis geb. 50 M.) François beschäftigt sich nicht nur mit den Kriegsgeschichten zu schreiben, sondern vornehmlich mit seiner vornehmlichen Sachlichkeit getragenen militärischen Betrachtungen, die manche scharfe Frage beleuchten und die Bedeutung der Geschehnisse erst ins volle Licht rücken. Ein weiterer Vorzug des Buches ist seine knappe, außerordentlich klare und flüssige Schreibweise, die auch dem Laien volles Verständnis für alle behandelten militärischen Dinge ermöglicht.

Im Deutschen Großen Hauptquartier. Von Josef Graf Stürgkh, General der Inf. d. R. (Gebunden 20 M. Verlag Paul List-Verlag.) Josef Graf Stürgkh, Bruder des österreichischen Ministerpräsidenten, war im Weltkrieg österreichisch-ungarischer Delegierter im Deutschen Großen Hauptquartier, ist also wie kein anderer berufen den ursächlichen Zusammenhang und die Entwicklung der so wichtigen und für den Verlauf und Ausgang des Krieges so bedeutungsvollen Beziehungen zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Obersten Heeresleitung zu schildern. Er tut das in überaus reizvoller Art unter steter Wahrung vornehmer Sachlichkeit — trotz des heiklen Stoffes. Das Buch ist ein historisches Dokument von Rang.

Karl Laufen: Ein Däne und Deutschland. Essays. Verlag Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel) Berlin W. 35. Geheftet 11 M. Prof. Karl Laufen, der bekannte dänische Schriftsteller und Historiker, hat sich durch seine vielseitige Tätigkeit schon seit langer Zeit einen Namen in Dänemark erworben, der ihn an die Seite seines geistvollen Landsmannes Georg Brandes stellt. In seinen hier vereinigten Essays geht er sich ohne jede Voreingenommenheit mit dem großen Problem des Krieges auseinander. Und zwar tut er das als Freund unseres Volkes. Die Stimme eines solchen Freundes aus der Ferne eingehend dem deutschen Publikum zu vermitteln, war ein glücklicher Gedanke des Verlages.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 16. April d. J. dem Maler Adolf Rehbach in Heidelberg die badische Medaille verliehen.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den von der Kirchengemeinde Oberbaldingen gewählten evangel. Pfarrverwalter Oskar Stephan in Oberbaldingen als Pfarrer in Oberbaldingen bestätigt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat unterm 26. April d. J. den Kanzleischristen Karl Mathis zum Verwaltungssekretär ernannt.

Die Lotterie des Bayerischen Landeshilfsvereins vom Nosen Kreuz betr.

Dem Bayerischen Landeshilfsverein vom Nosen Kreuz wurde die Erlaubnis zum Betrieb von 15 000 Losen der von ihm veranstalteten Geldlotterie zugunsten der Bayerischen freiwilligen Sanitätskolonnen — Preis des Loses 2,40 M., Ziehung: 12. August 1921 — im Badischen Staatsgebiet erteilt.

Karlsruhe, den 29. April 1921. Ministerium des Innern. Kemmle. Schmidt.

Das cubanische Konsulat in Pforzheim betr. Nachdem dem Cubanischen Konsul in Pforzheim, Jorge R. Ponce y Martinez, namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird derselbe zur Ausübung konsularischer Funktionen zugelassen.

Karlsruhe, den 29. April 1921. Badisches Staatsministerium. Trunf.

Einteilung des Gewerbeaufsichtsdienstes betr.

Die gemäß § 3 der Verordnung des Staatsministeriums vom 1. Oktober 1920 über die Gewerbeaufsicht getroffene Einteilung des Gewerbeaufsichtsdienstes wird nachstehend bekannt gemacht:

1. Aufsichtsbezirk, umfassend die Amtsbezirke Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Forstberg, Adelsheim, Rosbach, Eberbach, Heidelberg, Sinsheim, Weinheim, Mannheim, Schwetzingen, Wiesloch.

Vorstand des Aufsichtsbezirks: Paul Danewinkel, Gewerbeamt. 2. Aufsichtsbezirk, umfassend die Amtsbezirke Bretten, Espingen, Bruchsal, Durlach, Karlsruhe, Pforzheim, Ettlingen, Rastatt, Baden.

Vorstand des Aufsichtsbezirks: Dr. Theodor Ulrich, Regierungsamt. 3. Aufsichtsbezirk, umfassend die Amtsbezirke Bühl, Achern, Nehl, Oberkirch, Offenburg, Lahr, Glienheim, Emmendingen, Waldkirch, Weisach, Freidurg, Staufen, Müllheim, Schönau, Lorrach, Schopfheim.

Vorstand des Aufsichtsbezirks: Eduard Emel, Gewerbeamt. 4. Aufsichtsbezirk, umfassend die Amtsbezirke Wolfach, Triberg, Billingen, Donaueschingen, Neustadt, St. Blasien, Bonndorf, Säckingen, Waldshut, Engen, Stodach, Konstanz, Melskirch, Pfunddorf, Ahringen.

Vorstand des Aufsichtsbezirks: Dr. phil. Theodor Vogel, Gewerbeamt.

Für die Werkstätten der Damenschneiderei und des Buchgerberwesens bildet das ganze Land einen Aufsichtsbezirk, dessen Vorstand der weisliche Gewerbeamt Dr. jur. Angelika Siquet ist. Die planmäßigen Oberbeamten des Gewerbeaufsichtsdienstes sind zu gegenseitiger Vertretung befugt.

Für die der Bergpolizei unterliegenden Betriebe ist das ganze Land ein Aufsichtsbezirk mit dem badischen Bergmeister als Vorstand.

Karlsruhe, den 29. April 1921. Badisches Arbeitsministerium. Engler. Kleinheind.

Ernennungen, Verlegungen, Zurücksetzungen u. der planmäßigen Beamten sowie

Ernennungen, Verlegungen u. von außerplanmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

Entlassen: Kanzeleihilfe Ernst Kaufmann beim Bezirksamt Neustadt, Planmäßig angestellt.

der Kanzeleihilfe August Kleber bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe als Verwaltungsassistent.

Kanzeleihilfe Wilhelm Schmidt als Kanzeleihilfe bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

zeits im März des folgenden Jahres Professor Dr. Hausmann folgte, der ununterbrochen bis zu seiner Übersiedelung nach Freiburg im Jahre 1920 den Vorsitz in der neu gegründeten Abteilung für die Lesehalle inne hatte. Durch Stiftungen von Privaten, Vereinen und Behörden wurde zugleich der Grundstock einer Volksbibliothek geschaffen, für deren Erweiterung freilich im Laufe der folgenden Jahre die erforderlichen Mittel nicht in wünschenswerter Weise zu Gebote standen, da die Anschaffung der Zeitungen und Zeitschriften immer größere Anforderungen an die Vereinstasse stellte. So war dann mit Ende des Jahres 1901 der Verein in seinen drei Abteilungen: für Belehrung, Unterhaltung und Lesehalle fest begründet, und erfreute sich stetig zunehmender Teilnahme seitens der Bevölkerung. Die Lesehalle konnte bereits im ersten Jahre ihres Bestehens eine Besucherziffer von ca. 40 000 Personen aufweisen, während die 6 Vortragsreihen des Jahre 1901/02 von 984 Teilnehmern besucht wurden, von denen auf Grund der erfolgten Personalangabe über 700 den arbeitenden Klassen angehörten. Es sei hier vorausgeschickt, daß dies Verhältnis sich im Laufe der Jahre nicht unwesentlich geändert und die Beteiligung der Arbeiterkreise an den Vorträgen besonders in letzter Zeit erheblich nachgelassen hat.

Es würde zu weit führen, die weitere Entwicklung des Vereins hier im Einzelnen zu verfolgen. Den Höchststand seiner Mitgliederzahl hat er im Oktober 1914 mit 1455 erreicht. Mit Ausbruch des Krieges ging die Mitgliederzahl unaufhaltsam und stetig zurück. Am 1. Oktober 1920 war sie auf 673 gesunken. Die Vortragsreihe, Theateraufführungen und Unterhaltungsabende, ebenso wie die Lesehalle, wurden zwar anfänglich noch gut besucht, allmählich machte sich aber in den letzten Jahren auch hier ein Rückgang bemerklich, der hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die hierorts inzwischen neuerrichteten Organisationen auf dem Gebiete der Volksbelehrung und Volksunterhaltung immer stärker im Wettbewerb mit den betreffenden Veranstaltungen des Vereins Konkurrenz traten und diesem allmählich immer mehr den Wind aus den Segeln zu nehmen drohen.

Es sind dies auf dem Gebiete der Belehrung die von der Technischen Hochschule eingerichteten Volkshochkurse und auf dem Gebiete der Unterhaltung der neu gegründete Verein Volkshöhle, während die Veranstaltungen des Instrumentalvereins und die Konzerte des Landes-theater-Orchesters auf dem Gebiete der volkstümlichen musikalischen Unterhaltungen große Anziehungskraft ausüben, Hand in Hand mit dem

Rückgang der Mitgliederzahl und dem stetigen Anwachsen der Ausgaben infolge von allgemeinen Preissteigerungen, ging ein stetiger Rückgang in der finanziellen Lage des Vereins, der allmählich zu einer völligen Erschöpfung des Vereinsvermögens führte und trotz der Erhöhung der Mitgliederbeiträge den Verein einem finanziellen Zusammenbruch nahe brachte. Unter diesen Umständen sah sich der Vorstand nach langen eingehenden Beratungen zu dem schwereren Entschluß genötigt, bei außerordentlichen Mitgliederbesammlungen am 25. des Monats den Antrag auf Auflösung des Vereins zu unterbreiten. Da die Versammlung nicht beschlußfähig war, hat der Vorstand von seinem satzungsgemäßen Recht Gebrauch gemacht und den Vorsitzenden, Geheimrat von Oechelhäuser, beauftragt, die Lösung des Vereins im Vereinsregister zu veranlassen.

Damit scheidet ein Verein aus dem öffentlichen Leben Karlsruhes, der sich rühmen darf, während der 22 Jahre seines Bestehens eine segensreiche und bahnbrechende Tätigkeit im Dienste der Ausbeildung der sozialen Gegensätze auf den verschiedenen Gebieten des Wissens und der Bildung ausgeübt und den Vereinigungen die Bahn gebrochen zu haben, deren Händen liegt die Weiterverfolgung der von ihm erstrebten Ziele überlassen werden darf.

Aufgabe der Stadt wird es nunmehr sein, die Einrichtung und Verwaltung der Lesehalle selbständig in die Hand zu nehmen, sie den Bedürfnissen der Jetztzeit entsprechend großzügig neu zu organisieren, und auf dem vom Verein Volkshöhle betretenen Wege zielbewußt fortzuschreiten.

Und so möge der Samen, der vom Verein Volkshöhle in unserer Stadt ausgestreut worden ist, weiter keimen und reiche Früchte tragen. Mögen die volkstümlichen Bestrebungen, denen der Verein Volkshöhle seine Entstehung verdankt, und in deren Dienst er 22 Jahre segensreich gewirkt hat, auch nach dessen Auflösung in der karlsruher Bürgerschaft lebendig bleiben und tatkräftige Unterstützung finden!

Römische Funde bei Pforzheim.

Von Baurat Gräff.

Die Wasser- und Straßenbauinspektion Pforzheim läßt zurzeit in Hängelbronnen Grabarbeiten für eine Verbesserung des Dorfbachlaufs ausführen; dabei ist man in etwa 2 Meter Tiefe unter der Geländeoberfläche auf römische Reste gestoßen. Die Stelle liegt am unteren Ausgang von Hängelbronnen an der tiefen

sten Stelle des Tales in einem Garten. Der Direktor des badischen Landesmuseums Karlsruhe hat dieser Tage mit dem Vorstand der Inspektion eine eingehende Besichtigung vorgenommen und folgendes festgestellt:

Der vorgefundene Rest eines Herdes stellt einen sog. Gigantenteiler dar, der zusammen mit einem ebenfalls gefundenen Kapital und Sockelstück zu einem römischen Hobeiszeichen gehörte; der Reiter, Jupiter als Personifikation des römischen Imperiums, sprengt über einen am Boden lauernden Sklaven weg, zum Zeichen der Unterwerfung der Germanenböller unter die römische Herrschaft. Ein zugleich gefundener römischer Grabstein läßt darauf schließen, daß sich um dieses Hobeiszeichen ein Begräbnisplatz für die römischen Offiziersbeamten herumgelagert hatte. Der Grabstein trägt die sehr deutlich leserliche Inschrift:

J.N.H.D.D.J.O.M. Pro Salute Materni Mariciani Valejana soror ex voto posuit L.L.M. (In honorem domus divinae Jovis optimo maximo pro salute Materni Mariciani Valeriana soror ex voto posuit libens laeto merito.)

Zur Ehre des göttlichen Kaiserhauses, des höchsten erhabenen Jupiter zum Wohl des Materni Marician hat die Schwester Valeriana nach ihrem Gelübde dies gesetzt. Gern, freudig und nach Gebühr.

Der Grabstein ist ein Meter hoch und 1/2 Meter breit und besteht aus geschnittenem, weißem Sandstein, wie er bei Maulbronn vorkommt, aus gleichem Stein ist der Gigantenteiler, andere Stücke dagegen sind aus Buntsandstein und stammen wohl aus den Bränden bei Hängelbronnen selbst.

Nach der Schrift und sonstigen Anhaltspunkten zu schließen, stammt der Fund etwa aus der Zeit Mark Aurels, etwa 160 bis 200 n. Chr., er lag in lehmigen Ablagerungen eingebettet, jedoch nicht geordnet, sondern wirr durcheinandergelagert, so daß zu schließen ist, die eindringenden, vom Römerjoch sich befreienden Alemannen haben den römischen Herrschaftszeichen ein Ende bereitet und sie in den Bach geworfen, wo sie nun nach 1700 Jahren wieder freigelegt worden sind, zur Zeit, als ein anderes Völkervolk bei den deutschen Stämmen seine Hobeiszeichen in Gestalt von Freudenhäusern mit germanischen Sklaven für Senegalneger und dergl. errichtet; möge ihnen ein gütiges Geschick auch wieder die Befreiung bringen.

Die Grabungen werden fortgesetzt und es ist zu erwarten, daß noch weitere schöne Funde zutage kommen werden.

